



Wandler

Älteste, unparteiische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Der 'Wandler' erscheint werktäglich, mittags. - Bezugspreis für die Woche vom 1.-7. Oktober in Deutsch-Oberschl. zwanzig Millionen deutsche Mark, in Poln.-Oberschl. 26000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus - Preise freibleibend - Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Schlüsselzahl 50000. Grundzahl: Die einpaltige mm-Zeile in Deutsch-Oberschl. für auswärt. Anzeigen 40 M., für Ortsanzeigen 25 M., Restame-mm-Zeile für ausw. Anzeig. 20 M., für Ortsanzeig. 70 M., Amt., Finanz- u. Heilmittelanzeigen 60 M. In Poln.-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 3000 poln. M., für Ortsanz. 2500 poln. M. ohne Schlüsselzahl. Angebots- und Auskunftsvermittlung. 100000 M. und Worte. Beilagen: gebühr. 500000 M. Bei gerichtlicher Mitwirkung, bei Akord oder bei Konkurs fällt jede Rabattbewilligung fort.

Die Verhandlungsbahn ist frei!

R. London, 29. September. (Sig. Ber.) Nachdem Deutschland jetzt offiziell die Aufgabe des Widerstandes an der Ruhr den Entente-mächten angezeigt hat, ist die Bahn zu einem Verständigungsfrieden frei geworden. Die englische Regierung glaubt versichern zu können, daß auch in Frankreich nunmehr eine versöhnliche Stimmung Platz greifen wird.

Zwischen den Kämpfen

Die junge Republik ist gegenwärtig der stärksten Bekämpfungsprobe ausgesetzt. Politische Fiktionen von rechts unternehmen ihre versuchsmäßige Grund-lage, während die wilden Unstümmer von links das Dach des Reichshauses in Brand setzen möchten, beide mit dem Entzweck, am Scheitern ihre eigene Macht aufbauen zu können. Die Entstehungs-ursache und Folge der 1918er Umwälzung haben die neue Staatsform im Gefüge des Reichs noch nicht so verändert, daß von einem jenseitigen Feld im Meere gesprochen werden könnte. Auch unsere Aus-länderspolitik war wenig geeignet, die junge deutsche Republik zu stärken. Hauptgrund hieran trägt aller-dings auch Frankreich. Der französische Einbruch in das Ruhrgebiet war eine Rechtsverletzung. Wenn es noch Recht und Freiheit in der Welt gäbe, und wenn der Grundgedanke der Demokratie wirklich die Völker leitet und beherrscht, so hätte Deutschland gegen den Friedensbrecher Bundes-genossen finden müssen. Es blieb aber in dem auf-gewungenen Kampf allein und die Gefahr der Re-publik gegen den Schicksal, daß das Verlangen der Weltöffentlichkeit nach dem Sturz der Demo-kratie bedeute, daß die Demokratie überhaupt ein-geklappt werden würde. Die letzte, schwerste Re-zeption der deutschen Republik ein. Signal dafür, die Frage nach der rechten Staatsform von neuem aufzuwerfen.

Aber weder die Anführer von rechts noch von links waren für die von ihnen gepredigte politische Freiheit günstige Beispiele aufzuweisen. Die Sozialdemokratie, die von rechts erstarkt wird, hat das alte deutsche Reich vor dem Zusammenbruch nicht beschützt. Sie hat die gefährlichsten Machtmittel, mit denen das mächtige Deutschland von seinen Schöpfern und durch die Opferwilligkeit der Bürger ausgerüstet war, schlicht verworfen und im entscheidenden Augenblick zurückgelassen. Die Führer in Deutschland waren, mit wenigen Aus-nahmen, Schwächlinge und keine Führer. Die Er-maria war eine glänzende Organisation, wir alle waren stolz auf sie, heute aber wissen wir, daß die Lösung nicht immer in glücklichen und ruhigen Hän-den lag. Die Politik war großsprecherisch, hektisch und leichtfertig. Die Regierungs-formen genaugen gesagt das selbstherrliche Willkür-system, das Deutschland in einen solchen Zusam-menbruch führte, ist noch in zu feiner Erinnerung, als daß die Vertreter desselben Vertrauen verdienen. Viele von ihnen sind mitschuldig an dem Unglück Deutschlands.

Wohin denn vertritt sich das Volk auch der Lin-ken Gegenparte gegenüber. Die juristischen Leiden, durch welche Aufstand durchgehen mußte, können wahrlich nur Nachbarmenge einer Interaktion nicht zählen. Das deutsche Bürger- und Bauerntum ist zu hart und zu selbstbewußt, als daß es sich von wenigen Willkürherrschaften in russische Zustände treiben ließe. Und als Experiment für eine neue Wirt-schafts- und Weltordnung läßt unsere deutsche Arbeitererschaft die herangehenden Industrie-faktoren nicht unbenutzt.

Und doch sind der Sturmzeichen in Deutschland diese. Zum Glück läßt die Regierung es an längerer Voraussicht nicht fehlen. Die Beschlagnahme der von Aufstand bezahlten und gestörten Waffenlager zeigt, daß die politische Polizei ihr Handwerk ver-steht. Der Reichswehrminister hat auf Ehre und Gewissen versichert, daß die Republik gegen je-den Angriff von rechts oder links ausreichenden Schutz finden werde.

So stehen wir gegenwärtig zwischen den Kämpfen. Wir haben die Zuversicht, daß die Reichsregierung für alle Möglichkeiten gerüstet ist. Wahrscheinlich wissen das auch jene, denen die Rückschlüsse gelten. Zwar brauchen die Hei-ßkämpfer gelten. Zwar brauchen die Hei-ßkämpfer von rechts und links unempfindliche Worte. Starke Worte sind aber nicht immer Zeichen harter Herzen. Wir hoffen, daß sie sich hüten werden, eine Strafprobe zu tragen, bei der sie diesmal gründlich und für immer ihr Spiel verloren geben müßten.

Botschafter für Paris und Brüssel

Ob. Berlin, 29. Sept. Wie wir hören, soll bereits in den nächsten Tagen der Botschafterposten in Paris und der Gesandtenposten in Brüssel von der deutschen Regierung befehrt werden. Für den Pariser Posten präsentiert das Zentrum einen Kandidaten. Die Personfrage ist jedoch noch nicht ent-schieden.

Deutschlands Anträge spruchreif

Ob. Berlin, 29. Septbr. (Sig. Bericht.) Der franzö-sische Botschafter in Berlin hat gestern der Pariser und Brüsseler Regierung die offizielle Aufgabe des passiven Widerstandes an-gezeigt. Um 6 Uhr abends weilte der französische Botschafter im Auswärtigen Amt. Wie verlautet, wird der Antrag Deutsch-lands, der die Bitte um Aufnahme von Verhandlungen aus-spricht, frühestens am Mittwoch nach Paris und Brüssel abgehen.

Rückkehr von Ausgewiesenen

Ob. Paris, 29. Septbr. (Sig. Bericht.) Wie Pariser Blätter aus Düsseldorf melden, hat General Segouin einer Anzahl ausgewiesener Personen die Rückkehr ins Ruhrgebiet gestattet. Die Ent-scheidung über die Rückkehr von ausgewiesenen De-utschen liegt bei der internationalen Kommission in Brüssel. Die Vorschriften für den Rückkehrer müssen auch weiterhin bestehen, da Anzeichen vorhan-den sind, daß radikale Elemente den Ausweiser nicht wollen.

Freilassung von Gefangenen

Paris, 29. Septbr. Wie ein Mitarbeiter der Karlsruher Zeitung aus Köln von autändiger Seite hört, haben die Franzosen eine ganze Reihe von Deutschen, die in französischen Gefäng-nissen inhaftiert waren, sofort nach dem Bekanntwerden des Abbruchs des passiven Widerstandes entlassen und nach Köln abgehoben.

Die Vorgänge in Bayern

Sturmabteilung Hoffbach - Deutscher Tag in Bayreuth - Ludendorff u. Hitler sprechen

München, 29. Sept. Für heute abend war eine große Versammlung der Sturm-Abteilung 'Hoffbach' und der Nationalsozialisten geplant unter der Parole 'Hoffbach muß herauf'. Die Versammlung sollte im Löwenbräu stattfinden mit Adolf Hitler und Hauptmann Hoffbach als Red-ner. Generalstaatskommissar Dr. von Stahr hat, wie wir erfahren, die Abhaltung dieser Versamm-lung heute voramtag verboten. Dagegen wurde die Abhaltung des 'Deutschen Tages' in Bay-reuth am 29. und 30. September gestattet. In dieser Versammlung werden Hitler, General Luden-dorff und andere Führer der nationalen Bewe-gung und der vaterländischen Verbände teilnehmen.

München, 29. Sept. (Sig. Ber.) Der geführte Abend sowie die geführte Nacht sind in München ruhig verlaufen. Im dem Bericht Neu-hausen kam es zu einem Zusammenstoß, der jedoch unblutig verlief.

Berlin, 29. Sept. (Privattelegr.) Die Dage in Bayern hat infolgedessen zu einer Beschränkung ge-führt, als der bayerische Generalstaatskommissar von Stahr ausdrücklich für die Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit die Befehls-gewalt über die Reichswehr in Bayern in An-spruch nimmt und zwar auf Grund des Wehrgesetzes. Die Verhandlungen mit Berlin dauern an, die Reichsregierung ist zu Konzessionen in der Form bereit.

Vor Aufhebung der Diktatur

(:) Berlin, 28. Septbr. (Privattelegr.) Ueber die Dauer der Verfügung des Ausnahmezustandes über das Reich teilte der Kanzler beim heutigen Empfang von süddeutschen Abgeordneten mit: Der Ausnahmezustand wird aufge-hoben, sobald Bayern seine Proklamation des Belagerungs-zustandes aufgehoben haben wird. Ich habe die mildeste Handhabung des Ausnahmezustandes mir verbürgen lassen. Die süd-deutschen Abgeordneten versicherten, in ihren Ländern im selben Sinne vorstellig zu werden.

Rhein und Ruhr

Lösungen der Franzosen. TU. Essen, 29. Sept. Auf die Aufforderung der französisch-belgischen Behörden hin hatten sich in Duisburg 180 Eisenbahner für den französischen Dienst gemeldet. Es wurde ihnen ein Vertrag vorge-legt, nach dem sie sich verpflichten sollten, in den fran-zösischen Dienst einzutreten und die rheinische Repu-blik anzuerkennen. Daraus haben die Eisenbahner die Unterzeichnung des Vertrages verweigert.

TU. Bochum, 29. Sept. Alle französischen Fran-zen müssen auf Befehl der französischen Ver-waltung das Ruhrgebiet innerhalb zwei Tagen ver-lassen.

TU. Köln, 29. Sept. Die Arbeitsgemeinschaft der politischen Parteien des Rheinlandes hat für Sonntag vormittag zu einem Streik für den Rhein-land aufgerufen. Die Versammlung soll ein Pro-gramm gegen die von den Sonderblenden für den Son-nitag geplante Demonstration sein.

Hitler greift selbst ein

München, 29. Sept. Gestern abend gegen 9 Uhr fuhr, wie der 'Vorwärts' berichtet, mehrere Panzerwagen und Lastautos mit mehreren bewaffneter Landespolizei vor dem sozialistischen Gewerkschaftshaus und dem Gebäude der Münchner Post vor, wo nach Waffen gesucht wurde. Während die Waffensuche im Ge-werkschaftshaus ergebnislos war, wurden bei der Münchner Post zwei Maschinengewehre, etwa 40 Infanteriegewehre und eine Anzahl Handgranaten beschlagnahmt und weggeführt. Hinter den Panzer- und Lastkraftwagen der Polizei fuhr Hitler in einem Personenauto, was dem Schluss nahelegt, daß diese Aktion im Einvernehmen mit Hitler unternommen ist. Es scheint, daß hieraus noch weitergehende Kon-sequenzen entstehen werden.

Revolutionsstreben

Ob. Berlin, 29. Sept. In Norddeutschland wird ein deutschbaltisches Flugblatt verbreitet, das der Regierung den schärfsten Kampf ansetzt. Der Drucker des Flugblattes ist nicht zu ermitteln. Es trägt die Unterschrift: Freiheitspartei des Nordens.

Dollar: 220 000 000

Deutscher Reichstag

34. Sitzung, Freitag, den 28. September. Am Regierungstisch Reichswirtschaftsminister von Kaumer, Finanzminister Dr. Ullrich, Reichs-bankpräsident Hagenkamm.

Präsident Loh eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Reuß aus Düsseldorf (Drais.) die allgemeine politische Aussprache, die für Dienstag vorgesehen ist, sofort zu eröffnen. Er wendet sich dann heftig gegen den Zentrumsführer Marx, der behauptet habe, daß die Rheinländer von Preußen schlecht behandelt worden seien, und ihre Geschicklichkeit in die Hand nehmen würden. (Schr. hört, rechts, Widerspruch im Zentrum.)

Abg. von Guard (Zentr.) wendet sich ent-schieden gegen den Vorredner, der die Ausführungen des Abg. Marx völlig entstellt habe. Der Redner legt im Namen der rheinischen Vertreter ein Antrag auf Befreiung des Reichs und auf Freigabe ab.

Abg. Reuß aus Düsseldorf (Drais.) begründet dieses Begehren zum Reich und zu Preußen, daß aber an seiner Forderung einer sofortigen Ausfüh-rung fest.

Abg. Petersen (Dem.) bedauert das Vorgehen der Deutschnationalen und beglückwünscht das Zen-trum zu seinem erneuten Begehren der Reichsreue. Der Antrag, sofort die politische Aussprache zu eröffnen, wird gegen Deutschnationale, Deutschso-zialisten und Kommunisten abgelehnt.

Es folgt dann die Beratung eines Zentrumsan-trages, der die Reichsregierung ersucht, die in Ver-tracht kommenden Reflexe anzuführen, zur Wieder-belebung der Industrie und gewerblichen Tätig-keit im Rhein- und Ruhrgebiet mit möglicher Beschleu-nigung, öffentliche Aufträge bereit zu stellen, und zu ihrer Ausführung Material- und Lohn-Vorteile zu gewähren. Der Antrag wird angenommen.

Anträge auf Aufhebung der Ausnahme-Verordnung. Ein Antrag Herzog (Drais.) fordert die Aufhe-bung der Ausnahme-Verordnung des Reichsprä-sidenten vom 26. September. Ein Antrag Koenen (Komm.) verlangt ebenfalls Aufhebung des Aus-nahmezustandes. Ein weiterer Antrag Koenen (K.) tritt auch für Aufhebung des besprochenen dayeri-schen Ausnahmezustandes ein.

Abg. Koenen (Komm.) begründet die kommu-nistischen Anträge und erhebt Protest gegen die Mil-litär-diktatur, der man Deutschland jetzt ausgeliefert habe. Nach sei offenbar Skrupel gewesen, und dieser die gar nicht mehr für nötig los zu schlagen. Die Diktatur Ruhr werde den Reich gegen Berlin vorbereiten.

Abg. Graf-Ehrhingen (Drais.) begründet den deutchnationalen Antrag. Das Ergebnis der Arbeit dieses stärksten Kabinetts ist außenpolitisch völlige Kapitulaton (Widerpruch bei der Mehrheit), und innenpolitisch Verhängung des Ausnahmezustandes über das ganze Reich. Wo soll das Vertrauen her-kommen, um das die Regierung bittet. Die erfor-dlich verstärkten vaterländischen Verbände in Bayern seien durch die Kapitulaton der Reichsregierung schwer enttäuscht und demütigt worden. Deshalb können wir das Vorgehen der bayerischen Regierung verstehen und billigen. Bei der Verordnung des Reichspräsidenten liegen die Beweismittel wesent-lich anders. Voraussetzung für eine solche Vant-Post-macht sei volles Vertrauen zu der Regierung. Das sei aber nicht der Fall. Wir werden nicht ruhen, bis auch bei uns ebenso wie in Bayern ohne Sozialde-mokraten regiert wird. Der Redner schloß mit der Aufforderung an das ganze deutsche Volk, wieder wahrhaft zu werden.

Reichsminister Seemann erklärt, auch die Reichsregierung habe den dringenden Wunsch, im Reichstage baldigt Auskunft zu geben über die wei-tergehenden politischen Entscheidungen, die sie habe fassen müssen. Das geschehe zweckmäßig im Rahmen der großen politischen Aussprache, die am Dienstag be-ginnen soll.

Abg. Dr. Scholtz (DSS) stimmt diesen Aus-sführungen zu, und beantragt die Vertagung der wei-teren Aussprache auf Dienstag.

Abg. Hennings (Deutschvölk.) widerspricht die-ser Vertagung.

Es wird beschlossen, die Aussprache über die An-träge mit der großen politischen Aussprache am Dienstag zu verbinden.

Nächste Sitzung Dienstag 3 Uhr: Regierungser-klärung, Währungsabst. Schluß nach 7 Uhr.